

LHO-Update-Corona 10.09.2021: Hessen: Neuer Erlass zu Schulfahrten / Bundesregierung einigt sich auf Verlängerung der Überbrückungshilfen



Landesverband Hessischer
Omnibusunternehmer LHO e.V.

Aktuelle LHO-Termine

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei erhalten Sie unser aktuelles LHO-Update-Corona:

Hessen: Neuer Erlass zu Schulfahrten

Wir hatten Sie mit unserem Update vom 03.09. über die kurzfristige Absage von Schulfahrten bei Inzidenzen über 100 informiert. Diesbezüglich hatten wir uns an das Hessische Kultusministerium gewandt und um Änderung gebeten, da kurzfristige Absagen erhebliche finanzielle Auswirkungen auf Busunternehmen haben.

Das Ministerium hat uns nun informiert, dass in dieser Woche ein neuer Erlass veröffentlicht wurde, der ab dem 13.09. gilt. Hiernach entfällt nun die Bedingung, dass zum Zeitpunkt des Reiseantritts die Inzidenzwerte im Ausgangs- und im Zielgebiet am Tag des Beginns der Fahrt drei Tage nacheinander den Wert von 100 nicht übersteigen.

Ein- und mehrtägige Schulfahrten innerhalb Deutschlands und eintägige Fahrten ins Ausland dürfen grundsätzlich durchgeführt werden. Mehrtägige Schulfahrten ins Ausland bleiben bis Ende des ersten Schulhalbjahres 2021/2022 grundsätzlich untersagt. Während der Fahrt gelten die gleichen verbindlichen Testregelungen wie im Präsenzunterricht, wobei der erste Test unmittelbar vor Reiseantritt durchgeführt werden soll.

Wir freuen uns, dass eine Änderung vorgenommen wurde. Hiermit ist nun eine höhere Planungssicherheit für die Schulen und damit auch für die Busunternehmen gegeben. Bedauerlich ist, dass mehrtägige Fahrten

ins Ausland weiterhin bis Ende Januar 2022 generell untersagt sind. Wir werden uns weiter dafür stark machen, dass auch diese Fahrten möglichst bald wieder stattfinden können.

Den neuen Erlass finden Sie hier:

https://kultusministerium.hessen.de/sites/default/files/media/hkm/erlass_schulfahrt.pdf

In der gestrigen Hessenschau gab es einen Bericht zum Thema. Diesen finden Sie unter diesem Link (der erste Beitrag ab Minute 00:26):

https://www.hessenschau.de/tv-sendung/zaesur---sexuelle-gewalt-in-der-familie--hessenschau-vom-09092021_video-159128.html

Bundesregierung einigt sich auf Verlängerung der Überbrückungshilfen

Die Bundesregierung hat die Überbrückungshilfe III Plus über den 30. September hinaus bis zum 31. Dezember 2021 verlängert. Der bdo begrüßt die Verlängerung, fordert aber Nachbesserungen bei den Antragsvoraussetzungen.

Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer (bdo) begrüßt die dringend erzielte Einigung der Bundesregierung zur Verlängerung der Hilfen, denn sie kommen keinen Tag zu früh. Während es für die meisten Bereiche der Wirtschaft wieder bergauf geht, dauern die Corona-bedingten Einschränkungen in der Busbranche weiter an. Ein immer noch bestehender Flickenteppich durch nichtharmonisierte Einreise- und Hygienebestimmungen in Deutschland und Europa verunsichert Kunden wie Unternehmen. „Auch, wenn die Bustouristik wieder angelaufen ist, sind wir noch lange nicht auf dem Niveau von 2019, so dass die Busunternehmen weiter auf die Überbrückungshilfen angewiesen sind“, sagte bdo-Hauptgeschäftsführerin Leonard heute in Berlin.

Der bdo nimmt mit Bedauern zur Kenntnis, dass die seit Juli geltenden Förderbedingungen der Überbrückungshilfe III Plus weitgehend beibehalten werden sollen; denn somit kommt es weiterhin zu einer Benachteiligung insbesondere der kleinen Busunternehmen: Diese müssen seit der letzten Änderung im Juli nachweisen, dass bei Stornierungen konkrete Reisewarnungen vorgelegen haben. Dieser Nachweis ist im Nachhinein nur unter großem Aufwand zu erbringen. Außerdem stornieren viele Fahrgäste auch ohne eine konkrete Reisewarnung ihre Busreise, wenn z.B. in den Medien neue Mutationen oder stark steigenden Inzidenzen aufkommen. Zahlreiche Mischbetriebe, die ÖPNV und Touristik betreiben, sind erst gar nicht antragsberechtigt und haben bis heute keine Überbrückungshilfen erhalten.

Der bdo regt daher dringend an, die Verlängerung der Überbrückungshilfen so zu gestalten, dass die durch die Corona-Krise stark betroffenen Busunternehmen auch tatsächlich die angekündigten Hilfen erhalten. „Ankündigungen von Hilfen, die in der Praxis nicht bei den Unternehmen ankommen, müssen jetzt unbedingt vermieden werden“, so Leonard.

Nach einer aktuellen Blitzumfrage des bdo gehen mehr als die Hälfte aller privaten Busunternehmen davon aus, dass 2021 die Hilfen geringer ausfallen werden als 2020, obwohl es 2021 längere Busreiseverbote als in 2020 gab. Aktuell prognostiziert die Branche einen durchschnittlichen Umsatzeinbruch von knapp 70% im Vergleich zu 2019.